

In Posen außer in der  
Exposition dieser Zeitung  
(Wilhelmstr. 17.)  
bei C. J. Altmann & Co.  
Breitestraße 20,  
in Grätz bei J. Streifand,  
in Meseritz bei H. Mathias,  
in Breschen bei J. Jadesohn.

Nr. 364.

Das Abonnement auf dieses täglich drei Mal  
erscheinende Blatt beträgt vierteljährlich für die Stadt  
Posen 4 1/2 Mark, für ganz Deutschland 6 Mark 45 Pf.  
Bestellungen nehmen alle Postanstalten des deut-  
schen Reiches an.

# Posener Zeitung.

Neunzigster

Jahrgang.

Montag, 28. Mai.

Preis 20 Pf. die sechsgehaltene Heftzahl oder deren  
Raum, Resten verhältnismäßig höher, sind an die  
Expedition zu senden und werden für die am fol-  
genden Tage Morgens 7 Uhr erscheinende Nummer bis  
6 Uhr Nachmittag angenommen.

1883.

In Berlin, Breslau,  
Dresden, Frankfurt a. M.,  
Hamburg, Leipzig, München,  
Stettin, Stuttgart, Wien:  
bei C. J. Altmann & Co.,  
Haasenstein & Vogler,  
Rudolph Mosse.  
In Berlin, Dresden, Görlitz  
beim „Invalidendank“.

## Amtliches.

Berlin, 26. Mai. Der Kaiser hat an Stelle des auf seinen  
Antrag entlassenen Konsuls Rindt den Kaufmann B. Gustav Delius  
zum Konsul in Tepic (Mexiko) ernannt.

Der König hat in Folge der von der Stadtverordneten-Versamm-  
lung zu Dorp getroffenen Wahl den Fabrikanten Gendels daselbst als  
unbesoldeten Beigeordneten der Stadt Dorp für die gesetzliche Amts-  
dauer von 6 Jahren bestätigt.

Dem Kammergerichts-Rath, Geheimen Ober-Justiz-Rath Wenzel  
ist die nachgesuchte Dienstentlassung mit Pension ertheilt. Dem Kam-  
mergerichts-Rath Albrecht ist aus Anlaß seines Dienstjubiläums der  
Charakter als Geheimen Justizrath verliehen. Dem Landgerichts-  
Direktor Schorn in Koblenz ist die nachgesuchte Dienstentlassung mit  
Pension ertheilt. Versetzt sind: der Amtsgerichts-Rath Kumpf in  
Göttingen an das Amtsgericht in Offen, der Amtsrichter Gennede in  
Offen als Landrichter an das Landgericht in Offen, der Amtsrichter  
Kettler in Hörde an das Amtsgericht in Offen und der Amtsrichter  
Dr. Broicher in Krefeld an das Amtsgericht in Köln. In der Liste der  
Rechtsanwälte ist gelöscht: der Rechtsanwalt Silbergleit bei dem Land-  
gericht I in Berlin. In die Liste der Rechtsanwälte sind eingetragen:  
der Gerichts-Affessor Furbach bei dem Landgericht in Königs und der  
Referendar Knobloch bei dem Amtsgericht in Dobrilugk. Die nachge-  
suchte Dienstentlassung ist ertheilt: dem Notar, Justizrath Bieger in  
Köln und dem Notar, Justiz-Rath Claisen in Köln. Der Rechtsanwalt  
und Notar Gutfleisch in Orlsburg ist durch rechtskräftiges Disziplinar-  
erkenntnis aus seinem Amte als Notar entlassen. Der Notar, Justiz-  
Rath Kalau von Hase in Königsberg in Pr. und der Rechtsanwalt  
und Notar Dr. Löbell in Marburg sind gestorben.

## Deutscher Reichstag.

87. Sitzung.

Berlin, 26. Mai. Am Tische des Bundesraths: Burchard, von  
Scholl.

Präsident von Leseow eröffnet die Sitzung um 12 1/2 Uhr.  
Auf Antrag des Abg. Windthorst werden zwei Urlaubsgesuche,  
das des Abg. Freih. von und zu Brenken (Centrum) und des  
Abg. Lang (Elbinger) — durch Baderreise motivirt — vom Hause ab-  
gelehnt.

Auf der Tagesordnung steht zunächst die Wahl eines Schrift-  
führers.

Auf Vorschlag des Abg. Windthorst wird Abg. Löwe (Berlin)  
durch Affirmation gewählt, welcher die Wahl annimmt.

Es folgt die Berathung des Reichs der Reichsschulden-  
kommission. Derselbe wird ohne Debatte der Rechnungscommission  
überwiesen.

Hierauf wird die dritte Berathung des Krankenkassenge-  
setzes fortgesetzt. Die Berathung über §§ 11 und 11a wird verbunden,  
§ 11 lautet:

Mehrere Gemeinden können sich durch übereinstimmende Be-  
schlüsse zu gemeinsamer Gemeinde-Krankenversicherung vereinigen.

Durch Beschluß eines weiteren Kommunalverbandes kann dieser  
für die Gemeinde-Krankenversicherung an die Stelle der demselben  
angehörenden einzelnen Gemeinden gesetzt oder die Vereinigung  
mehrerer ihm angehörender Gemeinden zu gemeinsamer Gemeinde-  
Krankenversicherung angeordnet werden.

Wo weitere Kommunalverbände nicht bestehen, kann die Ver-  
einigung mehrerer benachbarter Gemeinden zu gemeinsamer Gemeinde-  
Krankenversicherung durch Verfügung der höheren Verwaltungsbe-  
hörde angeordnet werden.

Derartige Beschlüsse und Verfügungen müssen über die  
Verwaltung der gemeinsamen Gemeinde-Krankenversicherung Bestim-  
mungen treffen.

Die Beschlüsse bedürfen der Genehmigung der höheren Verwal-  
tungsbehörde; gegen die Verfügung der Letzteren, durch welche die  
Genehmigung verweigert oder ertheilt oder die Vereinigung  
mehrerer Gemeinden angeordnet wird, steht den be-  
theiligten Gemeinden und Kommunalverbänden innerhalb vier Wochen  
die Beschwerde an die Zentralbehörde zu.

Abg. Gutfleisch beantragte Absatz 3 und die gesperrt gedruckten  
Worte des Abs. 4 und 5 zu streichen.

§ 11a lautet:

Sind in einer Gemeinde nicht mindestens fünfzig Personen vor-  
handen, für welche die Gemeinde-Krankenversicherung einzutreten hat,  
oder ergibt sich aus den Jahresabschlüssen einer Gemeinde, daß auch  
nach Erhöhung der Versicherungsbeiträge auf zwei Prozent des ort-  
süblichen Tagelohnes die Deckung der gesetzlichen Krankenunterstützung  
fortlaufend Vorläufe der Gemeindefasse erfordert, so kann auf An-  
trag der Gemeinde deren Vereinigung mit einer oder mehreren be-  
nachbarten Gemeinden zu gemeinsamer Krankenversicherung durch die  
höhere Verwaltungsbehörde angeordnet werden.

Trifft diese Voraussetzung für die Mehrzahl der einem weiteren  
Kommunalverbande angehörenden Gemeinden zu, so kann die höhere  
Verwaltungsbehörde anordnen, daß der weitere Kommunalverband  
für die Gemeinde-Krankenversicherung der ihm angehörenden Gemeinden  
an die Stelle der einzelnen Gemeinden zu treten hat.

Ueber die Verwaltung der Gemeinde-Krankenversicherung sind  
in diesen Fällen die erforderlichen Vorschriften nach Anhörung der  
betheiligten Gemeinden und Verbände zu treffen.

Gegen die auf Grund dieser Vorschriften von der höheren Ver-  
waltungsbehörde getroffenen Anordnungen steht den betheiligten  
Gemeinden und Verbänden innerhalb vier Wochen die Beschwerde  
an die Zentralbehörde zu.

Gemeinden von mehr als zehntausend Einwohnern können ohne  
ihre Einwilligung nicht mit anderen vereinigt werden.

Abg. Dr. Gutfleisch beantragte § 11a zu streichen.

Abg. Dr. Gammacher beantragte, den dritten und vierten Ab-  
satz folgendermaßen zu fassen:

„Ueber die Verwaltung der Gemeinde-Krankenversicherung sind  
in diesen Fällen die erforderlichen Vorschriften nach Anhörung der  
betheiligten Gemeinden und Verbände zu erlassen.“

Gegen die auf Grund der vorstehenden Bestimmungen von der  
höheren Verwaltungsbehörde erlassenen Anordnungen und Vorschrif-  
ten steht den betheiligten Gemeinden und Kommunalverbänden inner-  
halb vier Wochen die Beschwerde an die Zentralbehörde zu“;  
und im Absatz 5 die Schlussworte des Paragraphen „nicht mit anderen  
vereinigt werden“ durch die Worte:

„nur dann mit anderen vereinigt werden, wenn ihnen die Verwal-  
tung der gemeinsamen Gemeinde-Krankenversicherung übertragen wird“  
zu ersetzen.

Abg. Dirichlet steht in dem § 11a. eine zwangsweise Verein-  
igung der Gutsbezirke mit den Gemeinden und ist der Meinung, daß  
dieselbe nachtheilige Folgen haben werde.

Geb. Rath Lohmann hält den § 11a. für durchaus noth-  
wendig, wenn das Gesetz nach allen Seiten hin segensreich wirken solle,  
und bittet, ihn anzunehmen.

Abg. Dr. Gammacher hält den Antrag Gutfleisch für zu weit-  
gehend, und glaubt, daß die gegen § 11a. vorgebrachten Bedenken  
durch die Annahme seiner Anträge beseitigt werden würden.

Abg. Gutfleisch erachtet die Ablehnung des § 11a. für nothwendig,  
da er nicht in Konsequenz zu § 11 ist. Während dieser die zwangsweise  
Vereinigung der Gemeinden fordert, ist sie nach § 11a. nicht durchaus  
erforderlich, man wird in der Praxis also nicht wissen können, ob man  
den einen oder den anderen Paragraphen zur Anwendung bringen soll.  
Ich halte es für unausweichlich, daß § 11a. die segensreichen Folgen  
des Gesetzes aufhebt, und ich kann es nicht begreifen, wie liberale Mit-  
glieder des Hauses diesen Paragraphen noch amendiren konnten.  
(Bravo! links.)

Der Antrag Gutfleisch zu § 11 wird abgelehnt, § 11 unverändert  
angenommen.

§ 11a. wird nach Annahme des Antrags Gammacher, gleichfalls  
angenommen.

§ 13 bestimmt, daß die Gemeinden berechtigt sind, Ortskranken-  
kassen zu errichten, wenn sich in ihrem Bezirke mindestens einhundert  
versicherungspflichtige Personen befinden.

Abg. Dr. Girsch beantragte, daß die Ortskrankenstellen nur dann  
eingerrichtet werden dürfen, wenn sich hundert Personen in der Gemeinde  
befinden, die nicht schon einer Innungskasse angehören.

Geb. Rath Lohmann bittet den § 13 in der in zweiter Lesung  
beschlossenen Form zu lassen. Eine bedenkliche Konkurrenz mit den  
Innungskassen werde aus den Ortskrankenstellen nicht entstehen.

Abg. Frhr. v. Malsahn-Gülk tritt diesen Ausführungen bei.

Abg. Dr. Langerhans wünscht, daß nur solche Personen, die  
keiner Innungskasse angehören, zur Versicherung der Ortskranken-  
stellen herangezogen werden dürfen, da sonst die betreffenden Personen  
mit Schädigung ihres eigenen Interesses aus den Innungskassen aus-  
treten müßten und dadurch unter Umständen der Bestand der letzteren  
gefährdet würde.

Abg. v. Malsahn-Gülk beantragte, Ortskrankenstellen schon  
dann einzurichten zu dürfen, wenn sich fünfzig Personen in der  
Gemeinde befinden. Nach Ablehnung des § 1a sei dies eine Forderung  
der Gerechtigkeit für die ländlichen Arbeiter. Nachdem die obligato-  
rische Versicherung derselben ausgeschlossen worden ist, müsse man  
wenigstens die Errichtung von Ortskrankenstellen erleichtern, damit die  
ländlichen Arbeiter nicht allzu schlecht in Beziehung auf die Kranken-  
pflege gegen die städtischen Arbeiter gestellt wären.

Abg. Dr. Girsch bekämpft wiederholt § 13, der gegen das freie  
Selbstbestimmungsrecht der Arbeiter verstoße und stellt den Antrag,  
über den Antrag Malsahn namentlich abzustimmen. (Unruhe).

Dieser Antrag findet nicht die nöthige Unterstützung.

Abg. Dr. Girsch zweifelt darauf die Beschlußfähigkeit des  
Hauses an, und da das Bureau ebenfalls zweifelhaft ist, erfolgt der  
Namensaufruf.

Derselbe ergibt die Anwesenheit von 210 Mitgliedern; das Haus  
ist mithin beschlußfähig. (Lebhaftes Bravo! rechts.)

Abg. Frhr. v. Minnigerode: Gegen den eben stattgehabten  
Mißbrauch der Geschäftsordnung muß ich, zumal bei der Geschäftslage  
des Hauses, nachdrücklich protestiren. (Beifall rechts.)

Abg. Dr. Girsch: Von einem Mißbrauch der Geschäftsordnung  
kann keine Rede sein. Ich wollte verhindern, daß über eine so hoch-  
wichtige Sache, wie der von dem Abg. von Malsahn gestellte Antrag  
ist, von einem nicht beschlußfähigen Hause disputirt würde. Das  
Haus war in der That nicht beschlußfähig, und nur durch sehr  
langames Verlesen der Namen ist es gelungen, die fehlende Zahl  
herbeizuführen.

Abg. v. Malsahn-Gülk: Die geringe Zahl der Anwesenden  
im Saale bewies keineswegs, daß das Haus nicht beschlußfähig war,  
vielmehr nur, daß die Herren nicht mehr geneigt waren, die Aus-  
führungen des Herrn Girsch und die Meinungen anzuhören. (Sehr  
richtig! rechts.)

Abg. Günther (Sachsen): Sie alle kennen die Geschäftslage  
des Hauses; wenn da der Abg. Girsch noch in der Weise, wie eben  
geschehen, die Geschäftsordnung anwendet, dann bleibt nur übrig, ihm  
zuzurufen: „Quousque tandem Catilina abutere patientia nostra!“  
(Beifall und Heiterkeit.)

Abg. Büchtemann: Der lebhafteste Beifall auf der rechten Seite,  
als verkündet wurde, daß zehn Mitglieder mehr anwesend seien als  
zur Beschlußfähigkeit gehört (Zuruf: Ein!), ist recht charakteristisch. Es  
wäre doch wohl nur in der Ordnung, wenn bei der Berathung eines  
so wichtigen Gesetzes die Präsenzstärke größer wäre. (Sehr richtig!  
links.) Von einem Mißbrauch der Geschäftsordnung zu sprechen ist  
jedenfalls, wenn man auch über die Zweckmäßigkeit des Antrags Girsch  
verschiedener Meinung sein kann, durchaus unzulässig.

Abg. Lasker: Das Bureau war darüber zweifelhaft, ob die  
beschlußfähige Anzahl anwesend sei; wenn also Abg. v. Minnigerode  
von einem Mißbrauch der Geschäftsordnung spricht, macht er diesen  
Vorwurf dem Bureau. (Hört! hört! links.)

Abg. v. Minnigerode: Nur keine eleganten Wendungen.  
(Heiterkeit.) Herr Girsch veranlaßt das Bureau, seine Meinung zu  
äußern. Er war es also, der angefangen hat. (Rufe links: Sehr  
elegant.)

Abg. Dirichlet: Das war keineswegs sehr elegant. Im Uebri-  
gen, wenn Herr v. Minnigerode so sehr für die Förderung der Ge-  
schäfte ist, dann weiß ich nicht, warum er erst wieder die lange Ge-  
schäftsordnungsdebatte veranlaßt hat. (Ob! Aufe rechts: Schluß!  
Schluß!) Meine Herren, ich werde schließen, wenn ich es für gut be-  
finde. Aber ich wollte doch darauf hinweisen, daß das Haus vorhin  
in der That nicht beschlußfähig war und daß die rechte Seite den  
Namensaufruf in ganz unerhörter und unparlamentarischer Weise durch  
Interjektionen gehindert und in die Länge gezogen hat.

Abg. Windthorst: Zweimal bereits ist auf die Art der Na-  
mensverlesung hingewiesen worden. Das ist eine Kritik des Bureau,  
welche ich hiermit zurückweise. (Bravo! im Centrum.)

Abg. Dirichlet: Ich habe nicht die Art und Weise des Ver-

lesens der Namen kritisiert, sondern nur von den Unterbrechungen dabei  
gesprochen.

Abg. Dr. Greve: Ich möchte darauf aufmerksam machen, daß  
der Namensaufruf um 1 Uhr 30 Min. begonnen hat, jetzt ist es 2 Uhr  
15 Min. Diese Zeit reicht beinahe hin, um Abgeordnete bis aus Sachsen  
herbeizuholen. (Heiterkeit.)

Darauf wird die Debatte fortgesetzt, die Anträge Girsch und von  
Malsahn abgelehnt und § 13 unverändert angenommen.

Die §§ 14 bis 19 werden mit einigen Aenderungen redaktioneller  
Natur angenommen.

Zu § 20, welcher die Genehmigung des Kassensatzes betrifft, liegt  
ein Antrag des Abg. Prinz Radziwill vor, welcher bezüglich der  
Bestimmung, daß Statutenänderungen derselben Vorschrift unterliegen, wie  
neue Statuten, folgende Fassung beantragt: „Abänderungen des Sta-  
tuts unterliegen der gleichen Vorschrift mit der Maßgabe, daß eine  
Gerabsetzung der Kassenleistungen auf solche Versicherungspflichtige,  
welche zur Zeit der Abänderungen bereits in Pflege genommen waren,  
keine Anwendung findet.“

Ministerialdirektor Boffe: Der Antrag an sich ist der Regierung  
nicht unsympathisch, aber wenn die Aenderung vorgenommen werden  
soll, so muß sie jedenfalls in eine andere Fassung gefaßt werden.

Abg. Dr. Gammacher findet die Anschauung nicht gerechtfertigt,  
höchstens könnte man der Meinung sein, daß der Antrag formell nicht  
zu § 20, sondern an eine andere Stelle gehöre; ich möchte deshalb dem  
Antragsteller bitten, seinen Antrag zurückzugeben.

Abg. Prinz Radziwill zieht seinen Antrag zurück. — Die §§  
20 und 21 werden angenommen.

§ 22 bestimmt, wann die Unterstützung eintritt und unter welchen  
Umständen dieselbe versagt werden kann.

Abg. Dr. Gutfleisch beantragte, in den § 22 die Bestimmung  
aufzunehmen, daß Personen, welche freiwillig der Kasse beitreten, erst  
nach Ablauf einer auf höchstens 6 Wochen vom Beitritte ab zu bemes-  
senden Frist Krankenunterstützung erhalten sollen, um zu verhindern,  
daß Leute, die schon krank sind, eintreten.

Abg. Dr. Buhl beantragte, auch solchen Personen, die nicht in  
den §§ 1 und 2 genannt sind, den Beitritt zur Kasse zu gestatten. Er  
hoffe, daß dieser Antrag angenommen werde, da Männer aus den ver-  
schiebenden Parteien sich bereit gezeigt haben, denselben zu unterstützen.

Abg. Dr. Gammacher wünscht, daß Kassenmitgliedern, die auch  
anderen Kassen angehören, die Unterstützung soweit gestrichen werde, als  
sie, zusammen mit der aus anderweiter Versicherung bezogenen Kran-  
kenunterstützung, den vollen Betrag ihres durchschnittlichen Tagelohnes  
übersteigen würde, daß jedoch diese Kürzung ganz oder theilweise aus-  
geschlossen werden könne durch Kassenstatut. Für den Antrag Buhl  
spricht sich Hedner gleichfalls aus, wünscht jedoch, daß dieser seinen  
Antrag so fasse, daß auch Personen, die nicht in § 1, 2 und 3 ge-  
nannt sind, der Beitritt zur Kasse gestattet werde. Auch für den An-  
trag Gutfleisch erklärt Hedner stimmen zu wollen.

Abg. Dr. Girsch ist gegen den Antrag Gammacher; derselbe sei  
überflüssig, weil die Arbeiter sich nicht so versichern werden, daß sie im  
Krankheitsfalle eine höhere Unterstützung erhalten, als ihr Tagelohn  
beträgt.

Abg. Prinz Radziwill (Beuthen) beantragte, daß Abänderun-  
gen der Statuten, die eine Gerabsetzung der Kassenleistungen bezwecken,  
auf diejenigen keine Anwendung finden sollen, die sich bereits in Pflege  
befinden.

§ 22 wird mit allen dazu gestellten Amendements angenommen.

§ 23 bestimmt, daß die Mitglieder, welche aus der die Mitglieds-  
schaft begründenden Beschäftigung ausscheiden so lange Mitglieder blei-  
ben, als sie die Kassenbeiträge fortzahlen.

Abg. Dr. Girsch beantragte, daß hinter „Kassenbeiträge“ einge-  
schaltet werde „soweit dieselben von den Versicherten zu leisten sind“  
und wünscht, daß von den Arbeitern keinerlei Zuschläge oder Kosten  
außer der Vortovergütung in diesem Falle erhoben würden.

Abg. Dr. Gammacher beantragte, anstatt „Kassenbeiträge“ zu  
setzen „vollen statutenmäßigen Kassenbeiträge“, und daß durch Statut  
bestimmt werden kann, daß für nicht im Gemeindebezirk wohnhafte Mit-  
glieder eine Erhöhung des Krankengeldes um die Hälfte seines Betrages  
erfolgen kann. Es sei zwar wahr, daß die Ausgaben der Kranken-  
kassen pro Krankentag zwischen 40 bis 80 Pfennigen variiren, jedoch  
beruhe der niedrige Satz auf ausnahmsweisen Voraussetzungen. Die  
Nothwendigkeit, das Krankengeld in der von ihm vorgeschlagenen Weise  
zu erhöhen, würde sich baldigst in der Praxis herausstellen.

Abg. Dr. Girsch bleibt bei der von ihm schon in zweiter Lesung  
ausgesprochenen Behauptung stehen, daß unter allen Umständen 40  
Pfennige pro Tag genügen, und daß es sogar Kassen gäbe, die noch  
weniger bewilligten, ohne daß die Kranken dabei Noth litten.

Abg. Leuschner (Sachsen) ist der Meinung, daß selbst ein  
Krankengeld, wie es der Antrag Gammacher im Auge habe, nicht aus-  
reiche, erklärt jedoch für denselben stimmen zu wollen.

§ 23 wird darauf nach Ablehnung des Antrags Girsch und  
Annahme des Antrags Gammacher angenommen.

§ 33 bestimmt, daß die Generalversammlung aus Vertretern  
bestehen muß, wenn die Kasse eintausend oder mehr Mitglieder  
zählt.

Abg. Dr. Gammacher beantragte, Vertreter schon dann zu  
wählen, wenn die Kasse aus fünfshundert Mitgliedern besteht.

Abg. Ebertz bittet, den Paragraphen in seiner jetzigen Fassung  
zu lassen.

Abg. Rittinghausen wiederholt diese Bitte, da man den  
Arbeiter möglichst selbständig erhalten müsse, was durch die Vertretung  
in den Versammlungen vereitelt wird.

§ 33 wird mit dem Amendement Gammacher angenommen.

§ 39 enthält die Bestimmungen, unter denen mehrere Gemeinden  
zur Errichtung von Ortskrankenstellen für ihre Bezirke sich vereinigen  
können.

Abg. Paasche beantragte, daß die Errichtung gemeinsamer Orts-  
krankenstellen durch Verfügung der höheren Verwaltungsbehörde nicht  
soll angeordnet werden dürfen.

Dieser Antrag wird abgelehnt und § 39 angenommen.

§ 42 bestimmt, daß sämtliche Ortskrankenstellen innerhalb des  
Bezirktes einer Aufsichtsbehörde zu einem Verbande zusammenzutreten  
können.

Abg. v. Malsahn-Gülk beantragte, daß eine solche Verein-  
igung von der Aufsichtsbehörde nach Anhörung der Generalversamm-  
lungen mit Genehmigung der höheren Verwaltungsbehörde angeordnet  
werden kann.

Nachdem Geb. Rath Lohmann seine Geneigtheit für diesen An-



trag erklärt und Abg. Ebertz denselben entschieden bekämpft hatte, wird § 42 unverändert angenommen.

§ 47 enthält die Bestimmung, daß die Arbeitgeber ein Drittel der Beiträge, welche auf die von ihnen beschäftigten Personen entfallen, aus eigenen Mitteln zu leisten haben.

Abg. Dr. Girsch beantragte, diese Bestimmung zu streichen, da die Beiträge tatsächlich doch voll von den Arbeitern gezahlt werden würden und sie nur den Schein erwecke, als ob die Arbeitgeber ihren Arbeitern eine Wohlthat erweisen. Der § 47 enthalte zugleich eine Benachteiligung des kleinen Handwerksmeisters gegenüber dem Großindustriellen. Es sei die Pflicht jedes Abgeordneten, die Arbeiter vor der Fiktion zu bewahren, als ob ihnen von den Arbeitgebern eine Wohlthat erwießen würde, die die Arbeiter doch selbst von ihrem Lohne bezahlen.

Darauf wird § 47 unverändert angenommen.

§ 54 bestimmt, daß eine Betriebskrankenkasse von jedem Unternehmer, der mindestens hundert Arbeiter beschäftigt, errichtet werden kann und, daß der Unternehmer in dem Falle dazu verpflichtet werden kann, wenn dies von der Gemeinde oder von der Krankenkasse beantragt wird.

Abg. Freiherr von Malsahn-Gülz beantragte, die Errichtung von Betriebskrankenkassen schon dann zu gestatten, wenn ein Unternehmer 50 Arbeiter beschäftigt.

Der Antrag wird angenommen, ebenso § 54.

§ 58 bestimmt unter anderem, daß dem Unternehmer der Vorstoß im Vorstände und in der Generalversammlung übertragen werden kann.

Abg. Dr. Girsch steht in dieser Bestimmung eine große Ungerechtigkeit gegen die Arbeiter, welche dadurch vollständig der Disposition des Arbeitgebers überantwortet werden. Das allein sei im Stande in Arbeiterkreisen die höchste Feindschaft gegen das Gesetz zu erzeugen.

Abg. Ebertz tritt diesen Ausführungen bei. Wo der Brotherr im Vorstand der Rasse ist, würde der Arbeiter schußlos sein und der Arbeiter habe für solche Zustände ein feines Gefühl.

§ 58 wird darauf angenommen, ebenso ohne Debatte § 59 bis 63.

Das Haus vertagt sich alsdann.

Nächste Sitzung: Montag 1 Uhr. Tagesordnung: Gewerbenovelle.

Der Präsident kündigt an, daß er zur Erledigung des Restes des Krankenlängengesetzes am Montag eine Abendsitzung anberaumen werde.

Schluß 5½ Uhr.

## Die Krönungsfeier in Moskau.

(Von unserem Spezial-Korrespondenten.)

Moskau, 27. Mai, Nachmittags 5½ Uhr.

Endlich ist der lang erwartete, vielfach verschobene Krönungstag Alexanders III. herangekommen. Vor allem dies: Die Krönungsfeier ist ohne Zwischenfall vollzogen worden! — Seit frühem Morgen strömt die Bevölkerung dem Zentrum der Stadt, dem Kreml, zu; vor seinen Mauern jedoch muß sie Halt machen, denn der Eintritt wird nur demjenigen gewährt, der eine Einlaßkarte vorzuweisen vermag. Der Kreml selbst gleicht einem Heerlager; in dichten Kolonnen füllen ihn Truppen aller Waffengattungen. Auf dem ganzen Wege, welchen der Zug zu passieren hat, bilden Palastgrenadiere Spalier.

Mit dem Schläge der siebenten Stunde ertönen 21 Kanonenschüsse und die große Glocke der Uspenski-Kathedrale verkündet den Beginn der Feier. Die großen Tribünen, unmittelbar an dem Hauptportale der Krönungskirche, füllen sich mit vornehmem, meist der Damenwelt angehörigem Publikum. Nachdem die Tribünen gefüllt waren, wurde das Volk eingelassen und im Augenblick stützen etwa 60,000 Menschen auf den Kremlplatz. Zwischen 1½ und 2 Uhr geworden und die am Krönungsfest Theilnehmenden beginnen sich zu versammeln. Gleichzeitig beginnt die Auffahrt der Diplomaten vor der Uspenski-Kathedrale. Im Innern der Kirche hat bereits der Gottesdienst begonnen. Vier Chevalieroffiziere postieren sich mit gezogenem Pallastuch auf den Stufen des Thrones; zwei Infanterie Unteroffiziere halten am Eingange der Kirche mit Gewehr bedeckten Hauptes Wacht. Nach Beendigung des Dankgebets erscheint der Thronfolger, empfangen von der gesamten Geistlichkeit im großen Ornat; ihm voraus schritten zwei Zeremonienmeister mit Stäben und zahlreiches Gefolge, hinter ihm die Großfürstinnen und die fremden Fürstlichkeiten mit ihren Hofkavalieren. Sie alle nahmen zur rechten Seite des Thrones Platz. Nun brachten 32 Stabsoffiziere einen Baldachin herbei und übergaben ihn an der untersten Stufe der roten Treppe den Generaladjutanten, welche sich im goldenen Hofe versammelt hatten und zum Tragen des Baldachins bestimmt waren. Trompetensignale ertönen, Pauken wirbelten und der Zug setzte sich in folgender Ordnung in Bewegung: 1) ein Zug Chevaliergarde, 2) 24 Pagen und ebensoviel Kammerpagen zu dreien gereiht, 3) zwei Zeremonienmeister mit Stäben, 4) die Vertreter der Landgemeinden, 5) die Vertreter der Städte, 6) die Deputation Finnlands, 7) die Gouvernementspräsidenten, 8) die Moskauer Kaufmannschaft, 9) das Handwerker-, Kleinbürger- und Stadtamt Moskau's, 10) die Vertreter der Gerichte, Ämter und Verwaltungen der Krönungshof, 11) Abordnungen der Kosakenheere mit ihren Hetmanen, 12) die Gouvernementsabde-Marschälle, 13) die Generalgouverneure, 14) Staatssekretäre, 15) Minister, 16) Reichsrathsmitglieder, 17) die Generalität mit den Regalien auf gelbsammetnen Rissen, 18) ein Zug Chevaliergarden, 19) ein Hofmarschall, Oberhofmarschall und Oberhofmarschall. Nun folgte das Kaiserpaar unter dem von 32 Generaladjutanten getragenen rothsammetnen, goldgestickten Prachtbaldachin. Hinter dem Kaiser, der die große Marschalluniform mit dem Andreasbande trug, schritten der Hofminister, der Kriegsminister, der Kommandant des kaiserlichen Hauptquartiers, eine Anzahl General- und Flügeladjutanten und der Kommandeur der Chevaliergarde mit entblößtem Pallastuch, den Helm auf dem Kopfe. Der Kaiserin, die ein russisches National-Kostüm aus Silberbrokat mit Silberstickereien trug, das Haar glatt geschneit in zwei langen Zöpfen herabhängend, folgten die Hof- und Palastdamen, ebenfalls in nationaler Tracht. Unmittelbar hinter dem Hofe schritt eine Abtheilung Chevaliergarde; an diese schlossen sich die Vertreter des Adels, der Industriellen und der Kaufmannschaft. Den Zug schloß eine Abtheilung Chevaliergarden.

Als die Spitze des Zuges den Kreml verließ, begannen sämtliche Glocken der Krönungshof zu läuten, die spazierbildenden Militärs salutirten. Langsam bewegte sich nun der Zug vom Palais gegen die in nächster Nähe gelegene Uspenski-Kirche. Dort war die gesamte Geistlichkeit, mit dem Metropoliten von

Nowgorod an der Spitze, bis an das große Kirchenportal entgegengekommen und besprengte die Schwelle mit Weihwasser. Als die Majestäten im Eingange der Kirche erschienen, hielt der Metropolit von Moskau eine kurze Begrüßungs-Ansprache, nach deren Beendigung der Metropolit von Nowgorod den Majestäten das Kreuz zum Kusse darbot. Nun betrat das Kaiserpaar um 9 Uhr 55 Minuten die Kathedrale. In der Mitte derselben zwischen den vier großen Pilastern, welche die Kuppel tragen, war eine etwa einen Meter hohe Estrade errichtet. Ein breiter Treppengang mit 11 Stufen führt auf dieselbe, um die Estrade herum führt ein reich vergoldetes Geländer, während der ganze erhöhte Platz mit schwerem hochrothem Sammet bedeckt ist. Ueber der Estrade schwebt ein kostbarer Baldachin aus purpurrothem Sammet, reich mit Gold und Straußenfedern in Nationalfarben geschmückt. Unter demselben befinden sich die beiden Thronesseln. Rechts der große Thron des Kaisers, links der etwas niedrigere der Kaiserin. Neben dem großen Throne liegen auf brokatbedeckten Kissen die Kronregalien. An allen vier Seitenwänden der kaum 300 Menschen fassenden Kirche sind etwa 1½ Meter hohe Tribünen für die auswärtigen Fürstlichkeiten und das diplomatische Korps errichtet. Nur der Raum vor dem Allerheiligsten ist frei, die Tribünen sowohl als der ganze Fußboden der Kathedrale ist mit rothem Tuche bedeckt.

Das Kaiserpaar trat in die Kirche, machte eine ehrfurchtsvolle tiefe Verbeugung vor dem Allerheiligsten, küßte die auf demselben aufgehängten Heiligenbilder, schritt über den Treppengang zu den aufgestellten Thronesseln und nahm daselbst Platz. Die Geistlichkeit grupperte sich zwischen dem Thron und dem Allerheiligsten und die Chorsänger stimmten den Psalm „Erbarme dich Herr“ an. Unter Vorantritt von Herolden wurden die Regalien auf ihre Plätze gelegt, das Gefolge des Kaisers grupperte sich um die Estrade; hinter den beiden Thronen stand als Ehrenposten mit gezücktem Pallastuch der Kommandeur der Chevaliergarde. Jetzt stieg der Metropolit von Nowgorod langsam die sammetbedeckten Stufen der Ambona hinan, stellte sich dem Kaiser gegenüber und frug mit lauter Stimme: „wie glaubst Du?“ und übergab dem Kaiser ein Buch. Aus diesem las der Kaiser sein Glaubensbekenntnis mit lauter Stimme ab. Mit den Worten: „Die Gnade des heiligen Geistes sei mit Dir“, verließ der Metropolit die Estrade. Die Metropoliten von Moskau, Nowgorod und Rjewe begaben sich auf die Ambona, der Kaiser legte die goldene Kette des h. Andreas-Ordens ab, überreichte sie einem Assistenten und befaß diesem ihn mit der Porphyra (dem hermeslingefütterten Krönungsmantel) und der Brillantkette des Andreas-Ordens zu bekleiden. Mit Purpur und Rote angethan verneigte sich der Kaiser, um den Segen des Metropoliten von Nowgorod zu empfangen; darauf folgte das Gebet, in welchem der Metropolit „den Zar der Zaren, der einst seinen Knecht David durch den Propheten Samuel erwählte und zum Könige seines Volkes salbte“ bittet, daß er seinen Knecht, den Alleinherrscher Rußlands, segne und erleuchte als den Beschützer der heiligen orthodoxen Kirche. Darauf befaß der Kaiser die Krone zu reichen. Der Metropolit brachte sie auf einem Sammetkissen herbei und der Monarch setzte sich selbst mit eigener Hand auf's Haupt, während der Metropolit dazu den Segen sprach: „Dieser sichtbare und vergängliche Schmuck Deines Hauptes ist ein Sinnbild dessen, daß Dich Christus, der König der Ehren, selbst durch seinen Segen unsichtbar krönt zum Haupt des großen russischen Reiches.“ Nunmehr reichte der Metropolit Szepter und Reichsapfel und sprach: „Nimm Szepter und Reichsapfel als sichtbare Zeichen der Alleinherrschaft, die Dir vom Höchsten verliehen ist über sein Volk, es zu regieren und in allen Dingen zu fördern und ihm wohlzutun.“ Der Kaiser nahm das Szepter in die rechte, den Reichsapfel in die linke Hand und ließ sich auf den Thron nieder. Bald jedoch legte er Szepter und Reichsapfel bei Seite und ließ seine Gemahlin vor sich treten, welche vor ihm auf einem purpursammetnen mit Gold verbrämtem Kissen niederkniete. Der Kaiser nahm seine Krone vom Haupte, berührte mit derselben die Stirne seiner Gemahlin und setzte ihr dann die kleine Krone der Kaiserinnen auf's Haupt. Die Kaiserin ließ sich den Purpurmantel um die Schultern legen, küßte den kaiserlichen Gemahl zweimal und begab sich hierauf zu ihrem Thronesseln. Der Kaiser ergriff auf's Neue Szepter und Reichsapfel. Vom Kreml herab ertönten Salutsschüsse, die Glocken läuteten und der Protobiaton verlas den vollständigen Titel des Selbstherrschers aller Rußen. Dieses dauerte wenige Minuten, der Chor stimmte hierauf das Lied „Viele Jahre“ an und während dieses Gesanges wurde das Kaiserpaar von der Geistlichkeit, den Familiengliedern und den fremden Fürstlichkeiten beglückwünscht. Raum waren die Kanonen, welche 101 Salutsschüsse abgegeben hatten, verstummt, so erhob sich der Kaiser von seinem Thronesseln, legte Szepter und Reichsapfel bei Seite, kniete nieder und verrichtete aus einem ihm vom Metropoliten überreichten Buche das übliche Gebet: „Herr, Gott unserer Väter und König der Könige, der Du alle Dinge durch Dein Wort gemacht, und den Menschen in Deiner Weisheit bestimmt hast, daß er in Gerechtigkeit und Heiligkeit über Deine Welt walten solle, Du hast mich erwählt zum Herrscher und Richter Deines Volkes. Ich preise Deine unergründliche Fürsorge und danke Dir, Herr, und bete Deine Herrlichkeit an! Mein Herr und mein Gott, mache mich geschickt zu dem Werke, zu welchem Du mich berufen hast! Erleuchte mich und leite mich in diesem großen Dienste. Die Weisheit Deines Thrones sei mit mir; sende sie herab von Deinem heiligen Himmel, daß sie mich lehre, was vor Deinen Augen wohlgefällig ist, und ich erkennen möge das Recht im Gesetze. Halte mein Herz in Deinen Händen, daß ich regiere zu Deiner Ehre und zum Wohle der Völker, die Du mir anvertraut hast, und am Tage des Gerichtes glaubensfreudig vor Dir bestehen möge, durch die Gnade und Barmherzigkeit Deines eingeborenen Sohnes mit dem Du hochgepriesenstest, mit Deinem heiligen lebendig machenden Geiste in Ewigkeit. Amen.“

Der Kaiser erhob sich und alle in der Kirche Anwesenden

fielen in die Kniee und der Metropolit sprach ein kurzes Gebet. Nach Beendigung dieses Gebetes richtete der Metropolit an den Kaiser eine kurze Beglückwünschungsrede. Das Lied: „Herr Gott, Dich loben wir“ wurde angestimmt und die Liturgie begann.

Der Kaiser legte Krone und Szepter ab und als der Abendmahlsknecht gesungen wurde, breitete der Generalgouverneur von Moskau mit zwei Gehilfen zwischen dem Thron und der in das Allerheiligste führenden Mitteltür eine rothe Sammetdecke und hart an der Thüschwelle eine goldbrokatene Decke aus. Der Kaiser, welcher den Degen abgelegt hatte, begab sich im Purpurmantel zu dem Allerheiligsten. Vor dem Kaiser schritten hierbei wieder der Ober-Zeremonienmeister und die Großwürdenträger mit den Regalien hinter dem Monarchen, der Kommandant der Chevaliergarde, der Hof und der Kriegsminister. Der Kaiser stellte sich auf die Goldbrokatdecke. Der Metropolit ergriff das Gefäß mit dem heiligen Oele, salbte ihm Stirne, Augen, Lippen, Ohren, Nasenflügel, Brust und Hände, dazu sprechend: „Dies ist das Siegel der Gabe des heiligen Geistes.“ Der Metropolit trocknete hierauf die gesalbten Stellen. Nun begab sich der Kaiser auf die rechte Seite der Thür und machte der Kaiserin Platz, welche nunmehr vom Metropoliten auf der Stirne gesalbt wurde. Nach der Salbung begab sich die Kaiserin auf die linke Seite der Thür und blieb daselbst stehen. Hierauf führte der Metropolit den Kaiser in das Allerheiligste, blieb vor dem Abendmahlstisch stehen und nahm das Abendmahl, besonders Brod und besonders Wein. Nachdem der Kaiser die Waschung vorgenommen, verließ er das Allerheiligste und begab sich auf seinen früheren Platz auf die rechte Seite der Thüre. Nunmehr wurde der Kaiserin das Abendmahl gereicht. Das Kaiserpaar kehrte hierauf auf die Estrade zurück und alle geistlichen und weltlichen Würdenträger begrüßten das hohe Paar durch dreimalige Verbeugung als gekrönt und gesalbt. Die eigentliche Krönungszeremonie war hiermit zu Ende.

Der Zug rangirte sich in der oben beschriebenen Ordnung aufs Neue und schritt durch das nördliche Thor gegen die Archangel-Kathedrale. Dort wurde das Kaiserpaar von dem Erzbischof von Wladimir mit der Geistlichkeit empfangen, der sie in das Innere der Kirche führte. An den Gräbern seiner hier ruhenden Ahnen verrichtete das Kaiserpaar kurze Gebete und begab sich zur Verkündigungs-Kathedrale an deren Eingange es vom Erzbischof von Jaroslaw empfangen wurde. Dort verweilte es nur wenige Augenblicke und verrichtete ein kurzes Gebet vor den heiligen Bildern. Nun bewegte sich der Zug wieder zum Kremlpalast bis an die rote Treppe; an der untersten Stufe derselben trat der Kaiser und seine Gemahlin unter dem Baldachin hervor und kehrte in den Palast zurück. Von der Terrasse des Andreas-Saales aus zeigte er sich mit Purpur und Krone dem Volke. Wenige Augenblicke verließ er daselbst und zog sich dann unter dem Jubelgeschrei der dichtgedrängten Menschenmassen zurück. Nunmehr wurden die Regalien abgelegt und die kaiserlichen Majestäten zogen sich in die inneren Gemächer zurück. Nachdem das Kaiserpaar kurze Zeit gerastet hatte, begab es sich in den Granitsaal zur Tafel. Unter Vorantritt der Großwürdenträger trat das Herrscherpaar, angethan mit den kaiserlichen Attributen, durch ein von Chevaliergarden und Palastgrenadiern gebildetes Spalier in den Saal und nahm auf einer Estrade Platz. Für den Kaiser wurde auf der rechten, für die Kaiserin auf der linken Seite des Tisches gedeckt. Hinter ihnen standen die Assistenten, während der Oberkammerherr ihnen gegenüber stand. Der Finanzminister überreichte die Krönungsdenkmünzen, welche unter die Anwesenden verteilt wurden. Die Mitglieder des Kaiserhauses und die auswärtigen Fürsten speisten im Geheimsaal, die Diplomaten im goldenen Saal. Der Metropolit segnete das Mahl und das Kaiserpaar verzehrte den ersten Gang, während die übrigen Anwesenden standen. Der Kaiser verlangte zu trinken. Das war das Signal für die Theilnehmer, sich zu setzen. Nach beendigter Tafel setzte sich der Kaiser die Krone aufs Haupt, nahm Szepter und Reichsapfel und schritt zusammen mit der Kaiserin in die inneren Gemächer. Abends wird die Stadt glänzend illuminiert. — Soeben wird das kaiserliche Krönungsmanifest ausgegeben. Dasselbe ist politisch inhaltslos.

Soweit unser Korrespondent. Der Bericht des offiziellen Wolff'schen Bureau's bietet der Hauptsache nach im Uebereinstimmenden die Tatsachen lediglich Wiederholungen, wird aber von unserem Privatbericht an Ausführlichkeit und Fülle interessanter Details übertroffen. Wir können uns also die Wiedergabe des offiziellen Festberichts füglich versagen. Über das Krönungsmanifest, dessen unser Bericht zum Schluß kurz aber bedeutungsvoll Erwähnung thut, meldet Wolff's Bureau:

Moskau, Sonntag, 27. Mai, Abends 6 Uhr. Das in der Rattkoff'schen Dfizin gedruckte Krönungsmanifest wird soeben ausgegeben. Dasselbe verkündet den Erlaß aller Steuer und Zölle per 1. Januar d. J. und zwar der Rückstände für Kopfsteuer, direkte und indirekte Abgaben, ferner die Strafmilderung aller Urtheile, welche die Gesezskraft noch nicht beschritten haben, außerdem die Erleichterung abzuhäufender Strafen und Aufhebung der polizeilichen Aufsicht der auf administrativem Wege Verbannten und gestattet deren Rückkehr. Das Manifest enthält ferner die Erlaubnis zur Rückkehr für die über die Grenze gegangenen Flüchtlinge und Theilnehmer an der polnischen Insurrektion, denen bisher der Aufenthalt in den Residenzen und in den polnischen Gouvernementsstädten, sowie der Eintritt in den Staatsdienst verwehrt gewesen war. Ausgeschlossen sind hierbei Mörder, Räuber und Brandstifter. Außerdem wird für eine Anzahl begangener Verbrechen theilweise Amnestie angekündigt.

Zahlreiche Volkemengen umstanden die Druckerei und nahmen die verkündeten Steuernachlässe, Strafnachlässe und Amnestiegewährungen mit jubelnder Befriedigung auf. — Betreffs der Ordensverleihungen wird gemeldet:







Wind: Sst. Wetter: S

Umrechnungs-Sätze: 1 Dollar = 4,25 Mark. 100 Francs =

1 Mark. 1 Gulden österr. Währung = 2 Mark. 7 Gulden sächs. Wä.

12 Karf. 100 Gulden holl. Währung = 170 Karf.

6. Mai. Die Börse eröffnete lustlos und

Umrechnungs-Sätze: 1 Dollar = 4,25 Mark. 100 Francs =

1 Mark. 1 Gulden österr. Währung = 2 Mark. 7 Gulden sächs. Wä.

12 Karf. 100 Gulden holl. Währung = 170 Karf.